

Foto: Beate Altwig



Reportage · Seite 4

Frauen im Handwerk gehen in Führung

Ein Programm der Handwerkskammer Hannover stärkt Unternehmerinnen

BILDUNG

Landesjugendring ist verärgert: Land gibt kein Geld für die Sanierung der Bildungsstätten

» Milliarden für die Infrastruktur – aber keinen Cent mehr für die Jugendbildungsstätten. Der Landesjugendring ärgert sich über eine jahrelange Unterfinanzierung der Bildungshäuser.

Niedersachsens Landesregierung will Geldmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur nicht für die Sanierung der verbandlichen Bildungsstätten einsetzen. Das geht aus der Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ des CDU-Abgeordneten Lukas Reinken hervor, die dem Politikjournal Rundblick vorliegt. Darin betont die Landesregierung zwar die Bedeutung der 33 Einrichtungen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Mehr Geld für die Instandhaltung der Gebäude will sie derzeit aber nicht aufwenden. Für die Jugendverbände ist dieses Nein besonders bitter. Denn vor etwas über einem Jahr hatten sie sich vehement für eine Lockerung der Schuldenbremse eingesetzt - mit dem Ziel, dringend benötigte Gelder für die Bildungsinfrastruktur zu gewinnen. Nun gibt es zwar die Ausnahmen von der Schuldenbremse und Milliardenbeträge für die Infrastrukturförderung. Doch die Verbände gehen erneut leer aus. „Es ist ernüchternd, dass von den vielen Milliarden Euro, die

in Niedersachsen in die Infrastruktur investiert werden, nicht einmal ein einstelliger Millionenbetrag für die Schaffung und den Erhalt von Räumen für junge Menschen vorgesehen ist“, kritisiert Johann Janssen, Schatzmeister des Landesjugendrings Niedersachsen. „Der Sanierungsbedarf ist real und dringlich. Trotzdem bleibt alles beim Alten.“



Foto: Lada

Johann Janssen, Ann-Marie Reimann und Nils Lüking vom Landesjugendring im Gespräch mit Niklas Kleinwächter.

Bereits im vergangenen Jahr hatte der Landesjugendring Niedersachsen im Rundblick-Interview eine Investitionsoffensive für die verbandlichen Bildungsstätten gefordert. „Das sind vielfach alte Häuser, in denen seit Generationen unsere Jugendarbeit stattfindet - etwa der Marstall Clemenswerth oder der Sachsenhain in Verden“, erklärte Ann-Marie Reimann aus dem Vorstand des Landesjugendrings. „Das sind Orte, die auch identitätsstiftend sind“, betonte sie, merkte aber auch an, dass die Gebäude und die Einrichtung in die Jahre

gekommen seien. „Wenn man da eintritt, ist es wie eine Zeitreise. Das liegt nicht an schlechtem Umgang, aber es fehlt schlichtweg das Geld, um auch mal Fenster auszutauschen, neues Besteck oder Möbel anzuschaffen. Auch der barrierefreie Ausbau muss besser werden.“ Nils Lüking, Vorstandssprecher beim Landesjugendring, sagt zu der ablehnenden Entscheidung der Landesregierung: „Wenn wir wollen, dass junge Menschen Teilhabe, Engagement und Demokratie erleben, dann brauchen sie Orte, an denen das möglich ist - und diese Orte müssen gepflegt, modernisiert und gesichert werden.“ Seit 2003 stellt die rot-grüne Landesregierung für die verbandlichen Bildungsstätten jährlich 50.000 Euro in den Haushalt ein. Um dem Sanierungsstau tatsächlich begegnen zu können, fordern die Jugendverbände ein Investitionsvolumen von fünf Millionen Euro. Der Bedarf sei zwar höher, berichtet Lüking im Gespräch mit dem Politikjournal Rundblick. Der doppelte Betrag kommt dem realen Sanierungsbedarf vermutlich näher. Weil bei den meisten Förderprogrammen noch ein geringer Eigenanteil vorgegeben wird, kommen die kleinen Trägervereine rasch an ihre Grenzen.

Eine große Herausforderung für die Bildungshäuser seien zudem die Betriebskosten, berichtet Lüking im Rundblick-Gespräch. Pro Teilnehmer gibt das Land einen Tagessatz von 13 beziehungsweise 23 Euro an Förderung hinzu. Die tatsächlichen Kosten belieben sich aber inzwischen auf bis zu 90 Euro, weil die Kosten für Energie und Personal so stark gestiegen seien. „Das schließt viele aus“, beklagt Reimann aus dem Landesjugendring-Vorstand. Kein Verband lege alle Kosten auf die Teilnehmer um. Das Material und die Kosten für die Jugendleiter würden in der Regel von den Verbänden selbst bezahlt. Um die Teilnahme an Bildungsangeboten in den Häusern auch Kindern aus finanzienschwachen Familien anbieten zu können, setzen viele Verbände auf sogenannte Soli-Preise, bei denen andere mehr zahlen, um die Differenz auszugleichen. Die Verbände hoffen künftig auf eine Landesförderung der Jugendarbeit, die ein Budget für die Teilnahme von Kindern aus finanziell weniger gut ausgestatteten Familien bereitstellt und zusätzlich auch eine Berücksichtigung der Betriebskosten bei der Bildungsstättenförderung. (nkw)

FINANZEN

Streit über Erbbaurecht: Missachtet Rot-Grün die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung?

» Rot-Grün will, dass die Klosterkammer den Erbbaurechtsnehmern entgegenkommt. Die CDU sieht allerdings erhebliche rechtliche Bedenken - die Koalitionsfraktionen widersprechen.

Der Plan der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen, mit verschiedenen Schritten die Steigerung von Erbbaurechtszinsen einzugrenzen, stößt auf rechtliche Bedenken. Am 20. November wurde über den Plan erstmals im Landtag diskutiert. Der CDU-Abgeordnete Christian Frölich erklärte, einige der von Rot-Grün in einem „Entschließungsantrag“ formulierten Vorschläge seien rechtlich fragwürdig, teilweise vermutlich sogar „verfassungswidrig“. Dem widersprachen Frank Henning (SPD) und Heiko Sachtleben (Grüne) vehement: Man habe lange und intensiv mit der Klosterkammer Hannover als größtem Erbbaurechtgeber verhandelt - und die Vorschläge seien Ergebnis dieser Gespräche.



In vielen Gegenden laufen Erbbaurechtsverträge, die in den fünfziger Jahren geschlossen wurden, gerade aus. Da sich der Pachtzins am Bodenrichtwert orientiert, dieser sich aber in dichtbesiedelten Gegenden um das Zwanzigfache erhöht hat, sind bisher in mehreren Fällen schon Vervielfachungen des Pachtzinses festgelegt worden, sehr zum Unwillen der betroffenen Erbbaurechtsnehmer. In Lüneburg, Osnabrück und Hannover bildeten sich Bürgerinitiativen. Als „Leitfigur“ wird in diesem Streit die Klosterkammer Hannover empfunden, die 17.000 Erbbaurechtsverträge verwaltet und damit der mit Abstand stärkste Anbieter ist. 2600 dieser Verträge laufen bis 2048 aus, die Neuverhandlungen laufen. Als Landesbehörde ist die Klosterkammer nun an die Landeshaushaltsordnung (LHO) gebunden, wonach Grundstücke nicht unter Wert vergeben werden dürfen. SPD und Grüne geben in ihrem Entschließungsantrag mehrere Veränderungen vor und wollen damit die Klosterkammer zu mehr Entgegenkommen bewegen. Erstens solle geprüft werden, ob die Verwaltungsvorschriften zur LHO verändert werden müssen. Zweitens solle es ein Gremium geben, das der Klosterkammer bei neuen Verträgen „das Gebot der angemessenen Vertragsgestaltung“ nahelegt. Drittens solle beim Bodenrichtwert nicht der aktuelle Betrag berücksichtigt werden, sondern ein Medianwert im Zehn-Jahres-Vergleich. Viertens will Rot-Grün eine besondere Regelung für Gegenden mit angespannten Wohnungsmärkten. Dort solle die Klosterkammer auf drei Viertel der Einnahmen verzichten und einen Zins von 1,25 Prozent (statt 5 Prozent wie bisher) anbieten.

Der SPD-Politiker Henning erklärte, man könne nach Überzeugung von Rot-Grün diese Schritte „ohne eine Änderung der Landeshaushaltsordnung“ durchsetzen - nämlich über neue Verwaltungsvorschriften. Für die wäre dann das Finanzministerium zuständig. Die Anpassung der Regeln sei nötig, da das Erbbaurecht ein Angebot an die Mittelschicht sei - und für die solle der Wohnraum nach wie vor erschwinglich sein. Eine Steigerung des Zinses sei unabwendbar, aber dies könne vielleicht eine Verdreifachung sein, nicht aber eine Verzwanzigfachung. Unterstützung für den rot-grünen Vorschlag habe nun auch der Verband der Wohnungswirtschaft gezeigt. Dabei achte man



Streiten im Landtag: Frank Henning (links) und Christian Frölich.

die Eigenständigkeit der Klosterkammer, die in ihrem Wirken frei sei. „Niemand will die Klosterkammer zu einem Zuwendungsempfänger machen“, sagte Henning. „Wir wissen, dass wir die Klosterkammer nicht anweisen können“, meinte Sachtleben. Der CDU-Abgeordnete Christian Frölich warf Rot-Grün vor, einen „Delegationstrick“ anzuwenden, indem der Antrag ein neues Gremium vorschlägt, das auf die Klosterkammer einwirken soll. „So etwas neben der Rechtsaufsicht beim Wissenschaftsministerium zu schaffen, wäre wohl verfassungswidrig“, betonte Frölich. Wenn man nicht den Bodenrichtwert als Berechnungsgrundlage nehmen wolle, sondern einen Zehn-Jahres-Median, dann verstöße das gegen Paragraph 63 der LHO. Dort heißt es: „Vermögensgegenstände dürfen nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden.“

Im Ziel allerdings, sagte Frölich, stimme die CDU mit Rot-Grün überein - man müsse Wege finden, die Erbbauzinsen zu senken. Aber die Klosterkammer selbst habe eigene Spielräume, zumal seit 2008 eine Tochtergesellschaft mit Millionenverlust weiter aufrecht erhalten werde. Frölich regte an, der Klosterkammer „eine verbindliche sozialpolitische Option“ zu geben, anstatt „durch eine bedenkliche Normierung von oben“ Druck auszuüben. Man solle „eine neue Bezugsgröße für den Erbbauzins“ in Fällen einer vorzeitigen Verlängerung festlegen. (kw)

REPORTAGE

Was brauchen Frauen, die im Handwerk Verantwortung übernehmen wollen?

» Frauen im Handwerk werden immer wichtiger. Im Programm "Handwerk mit FiF" der Handwerkskammer Hannover trainieren sie ihre Führungskompetenzen. Ein Ortsbesuch in Garbsen.

Von Anne Beelte-Altwig

Das Bild zeigt den Fußraum eines Autos: Kupplung, Bremse, Gaspedal. „Der Parasympathikus ist die Bremse und der Sympathikus ist das Gaspedal“, erklärt Dozentin Eva Knoche. Um anschaulich zu machen, wie das Nervensystem funktioniert, gibt es viele Beispiele. Dass Eva Knoche ein Bild aus der Technik gewählt hat, ist sicher kein Zufall. Denn vor ihr sitzen acht Frauen, die Betriebe leiten oder einmal leiten wollen, die Solaranlagen installieren, Wärmepumpen anschließen oder Fenster einbauen. Für das Thema dieses Seminartages hat die Dozentin ebenfalls eine technische Erklärung: „Resilienz ist ein Begriff aus der Physik“, sagt sie. Resilire heißt zurückspringen, abprallen - wie ein flexibler Ball. „Ich dachte, ich bin sehr resilient“, überlegt Yvonne Kowald, Mit-Geschäftsführerin der Corona Solar GmbH, laut. „Aber ein Ball geht in seine alte Form zurück. Ich bin nach einem Konflikt anders als vorher.“

Yvonne Kowald ist eine der 27 Teilnehmerinnen im Programm „Handwerk mit FiF“ der Handwerkskammer Hannover Projekt- und Servicegesellschaft mbH. „FiF“ steht für „Frauen in Führung“. Das Programm bringt Frauen aus den verschiedensten Gewerken zusammen, die ihre Führungskompetenz stärken wollen. Das Wichtigste daran, da sind sich die Teilnehmerinnen des Moduls



Foto: Beate Altwig

Der Austausch ist das Wichtigste im Programm "Handwerk mit FiF": Yvonne Kowald (Mitte) im Gespräch mit Anna Barnkothe.

Handwerkskammer ist: Starke Frauen für ein starkes Handwerk. Etwa 25 Prozent der Betriebe in Niedersachsen werden von einer Frau geführt", erklärt Projektleiterin Kirsten Höxter. Bei den Meisterprüfungen ist die Zahl geringer: Nur 16 Prozent werden von Frauen absolviert. Das spiegelt sich in der Zusammensetzung der Gruppe in diesem Modul: Die meisten Frauen sind selbst keine Handwerkerinnen. Ann-Kathrin Rummler, die die elterliche Firma mit ihrem Bruder gemeinsam leiten will, hat sich als „Background-Tänzer“ vorgestellt. „Tänzerin!“ ruft jemand von hinten. „Strippenzieher!“, bietet eine andere an. Auf jeden Fall: Die Rolle der Ehefrau, die die Buchhaltung im Betrieb ihres Mannes erledigt und sich vielleicht noch nicht einmal ein Gehalt dafür auszahlt lässt, passt nicht mehr zum Handwerk von heute. Das Programm will Frauen dabei helfen, eine neue Führungsrolle zu finden.

„Resilienz und Achtsamkeit“ einig, ist der Austausch in der Gruppe. „Die wenigsten Handwerker treffen sich untereinander“, erklärt Larissa Pichler, die mit ihrem Partner gemeinsam eine Glaserei vom Schwiegervater übernommen hat. „Wir lernen unfassbar viel voneinander“, ergänzt Anja Peters. Yvonne Kowald, die Solarexpertin, meint: „Eine kampffreie Plattform hat man nicht so oft.“

Die Teilnehmerinnen im fünften Durchgang von „Handwerk mit FiF“ kommen nicht nur aus Hannover, sondern auch aus anderen Kammerbezirken. Sogar aus Cloppenburg reisen Teilnehmer an. „Der Slogan der

Der Bestand der Betriebe, die durch eine Inhaberin geführt werden, stieg in Norddeutschland seit 2016 stetig an.

Die Teilnehmer und die Betriebe gehen gleichermaßen eine Verpflichtung ein: Mindestens dreihundert Stunden sind innerhalb von zwei Jahren zu absolvieren. Die Unternehmen müssen die Frauen für etwa zwei bis drei Termine im Monat freistellen, dazu ist ein Eigenanteil von 150 Euro zu leisten. Ehefrauen, weiß Kirsten Höxter, haben es manchmal leichter, den Arbeitgeber, der gleichzeitig ihr Partner ist, dafür zu gewinnen. Aber Entlastung jetzt und später vielleicht eine Nachfolgerin wünschen sich auch andere Chefs. Die Zahl der Betriebszugänge im Handwerk, also der Übernahmen oder Neugründungen, ist deutlich rückläufig. „In den norddeutschen Bundesländern wurden 1998 noch 31.500 Neuzugänge verzeichnet. 2023 waren es weniger als 20.000“, sagt Eva Lezeik, Wirtschaftspolitische Referentin der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen e.V. (LHN). Umso größer ist die Rolle, die weiblichen Unternehmern zukommt: „Der Bestand der Betriebe, die durch eine Inhaberin geführt werden, stieg in Norddeutschland seit 2016 stetig an.“ Um Unternehmerinnen zu unterstützen und zu gewinnen, müsse aber noch mehr passieren, meint die LHN: soziale Absicherung während der Schwangerschaft und Geburt eines Kindes, flexiblere Kinderbetreuung, eine gezielte Förderung von Migrantinnen und bessere Sichtbarkeit von Vorbildern.

„Ein starkes Handwerk braucht ein starkes und nachhaltiges Unternehmertum. Das Projekt 'Handwerk mit FiF' setzt dabei wichtige Zukunftsimpulse“, lobt Eva Lezeik. „Wir kriegen die Rückmeldung, dass die Kommunikation im Betrieb durch das Programm besser wird“, berichtet Kirsten Höxter. Die Frauen bekommen einen imaginären „Werkzeugkoffer“ mit zur Weiterentwicklung von Organisation und Struktur. Dazu können sie nicht nur aus verschiedenen Unterrichtsmodulen wählen, sondern erhalten auch ein individuelles Coaching und werden von einer Mentorin begleitet. „Wir fragen die Absolventinnen, ob sie beim nächsten Mal als Mentorin dabei sein wollen. So bleiben sie im Netzwerk“, erklärt Kirsten Höxter. „Handwerk mit FiF - Arbeitswelten im Wandel“ wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert und durch Mittel des Landes Niedersachsen bezuschusst. Das bedeutet: Erst, wenn ein Durchgang beendet ist und die neue Förderzusage vorliegt, steht fest, dass es einen nächsten Durchgang geben wird.

Dozentin Eva Knoche fordert die Frauen jetzt auf, ihre Yogamatten auszurollen. Es dauert eine Weile, bis das letzte Lachen verstummt und das letzte Handy auf „lautlos“ geschaltet ist. „Ich bin schon mal rausgeflogen aus so einem Kurs“, murmelt jemand, und es klingt nicht so, als habe sie ein schlechtes Gewissen deswegen. Aber dann liegen doch alle auf den Matten, zählen die Sekunden ihrer Atemzüge und lenken die Aufmerksamkeit auf die Muskeln, die sich entspannen sollen. „Vielleicht hatten die Leute früher nicht so viele Probleme, weil sie weniger Zeit hatten, über sich nachzudenken?“, haben sie eben noch diskutiert. „Mir geht es besser, wenn ich einfach mache“, hatte Yvonne Kowald gesagt. Anja Peters widersprach vehement: „Nein, denen ging es früher nicht besser. Sie konnten oder durften nur nicht darüber nachdenken.“ Sie hat Respekt eingefordert für die Achtsamkeitsübungen. Seit der Coronazeit mache sie Yoga, erzählt sie den anderen: „Ich kann das nur jedem empfehlen.“

Vielleicht, überlegt Anja Peters, sind Frauen sogar die besseren Führungskräfte. „Wir achten nicht nur auf uns selber, sondern auch auf andere.“ Sie hat in die Firma „reingeheiratet“, deren Geschäfte sie leitet, erzählt sie: Ihrem Partner gehört der Betrieb. Schwierigkeiten, von männlichen Kollegen oder Mitarbeitern akzeptiert zu werden, schildert keine der Frauen. Wenn jemand veraltete Bilder im Kopf habe, dann seien das Kunden. Es komme schon vor, sagen die jüngeren Teilnehmerinnen, dass Kunden auflegen, wenn eine Frau ans Telefon geht, oder „den Chef“ sprechen wollen. „Sie meinen das nicht böse“, sagt Larissa Pichler, „sie kennen Frauen einfach nicht. Wenn man denen eine Antwort liefern kann, ist es ihnen schnurz, ob man eine Frau ist.“ Kathrin Czwalina hat sich geärgert, als der Sozialversicherungsträger Zweifel an ihrem Arbeitsvertrag als „mitarbeitende Familienangehörige“ anmeldete. Dabei trägt sie seit zwanzig Jahren Verantwortung in der Tischlerei ihres Bruders.

Yvonne Kowald ist als Mitarbeiterin in die Geschäftsführung der Corona Solar GmbH eingestiegen und teilt sich jetzt die Verantwortung mit einem der Gründer und seiner Tochter. „Wir sind wie drei Bands“, sagt sie. Loyale Mitarbeiter sind für sie wie Fans einer Band. Wer einen Betrieb übernehme, müsse entweder eine „Fanbase“ im Team mitübernehmen oder schnell eine eigene aufbauen. „Bis vor zwei Jahren war ich ein Mensch“, sagt Yvonne Kowald. „Jetzt bin ich ein Unternehmen. Das sind zwei Paar Schuhe: Was menschlich korrekt ist, kann unternehmerisch falsch sein.“ Dass sich viele Fachkräfte nicht vorstellen können, einen Betrieb zu übernehmen, hänge auch mit



Foto: Beelte Altwig

Frauen im Handwerk trainieren ihre Resilienz und Achtsamkeit im Programm "Handwerk mit FiF"



Kathrin Czwalina (l.) diskutiert mit Anja Peters.

mit FiF" bietet aber noch mehr: „Ein Aha-Erlebnis für viele ist das Modul ‚Leadership‘ mit Pferden.“ Pferde, erklärt die Projektleiterin, spiegeln Menschen. „Manche glauben, dass sie führen können, aber das Tier reagiert gar nicht auf sie.“ Andere gehen mit Angst in dieses Modul. Wenn sie sich überwinden und erleben, dass sie ein Pferd führen können, dann steigert das ihr Selbstbewusstsein enorm. „Da fließen auch mal Tränen“, berichtet Kirsten Höxter. Sie freut sich in jedem Durchgang wieder darüber, wie das Selbstvertrauen der Teilnehmerinnen in zwei Jahren wächst, bis sie bereit sind für den nächsten Karriereschritt.

unrealistischen Vorstellungen zusammen, sagen die Frauen: Während manche glauben, als Chef müsse man überhaupt nicht mehr arbeiten, denken andere, man hätte kein Leben mehr. „Selbst und ständig - den Spruch höre ich dauernd“, sagt Anja Peters. „Alle denken, wir würden uns totbuckeln und dann sterben.“

Solche Diskussionen meint Kirsten Höxter, wenn sie sagt: „Frauen brauchen keine Nachhilfe, sondern einen Austausch auf Augenhöhe.“ Das Programm „Handwerk

P UND P

Personen und Positionen

Sebastian Timke, wiedergewählter Vize-Landesvorsitzender der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP), hat eine neue Beschlusslage seiner Gewerkschaft zum Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten, sogenannten „Tasern“ erläutert. Mit Tasern werden Elektroschocks erzeugt - und ein Angreifer kann so außer Gefecht gesetzt werden, ohne dass eine Schusswaffe eingesetzt werden muss. Die Delegierten des GdP-Gewerkschaftstages sprachen sich am 19. November für die Einführung dieser Geräte aus. Die Partnerorganisation „Deutsche Polizeigewerkschaft“, die zum Beamtenbund gehört, hatte das schon vor längerem getan. Timke erläuterte, die GdP sei lange Zeit „sehr zurückhaltend“ gewesen, da es viele Vorbehalte gebe - auch juristische Bedenken und medizinische Einwände. Erfahrungen aus anderen Ländern aber, in denen der Taser-Einsatz schon erlaubt ist, und auch neue technische Entwicklungen hätten das Ja der GdP für diese Geräte erleichtert. Im Entwurf der Landesregierung für das neue Polizeigesetz, der in dieser Woche im Landtag erstmals diskutiert wurde, ist der Taser-Gebrauch weiterhin nicht vorgesehen. Bislang werden die Distanz-Elektroimpulsgeräte in Niedersachsen nur vom Spezialeinsatzkommando eingesetzt. Die GdP plädiert nun dafür, unter wissenschaftlicher Begleitung auch die Verfügungseinheiten einzubeziehen - also die Interventionskräfte in den Polizeiinspektionen. Außerdem sollten in zwei durchgehend besetzten Dienststellen weitere Erfahrungen mit dem Modell „Taser 10“ gesammelt werden.

Hanna Köritz, Mitarbeiterin des Landesamtes für Statistik, meldet, dass ein positiver Trend anhält: Erneut begannen 2024 mehr Menschen eine Ausbildung in der Pflege. Es wurden noch einmal sechs Prozent mehr Ausbildungsverträge geschlossen als 2023, als die Trendwende einsetzte. Auch gab es mehr Abschlüsse: 3882 Personen beendeten erfolgreich die generalisierte Ausbildung zur Pflegefachkraft in Niedersachsen. Insgesamt befanden sich trotzdem zwei Prozent weniger Nachwuchskräfte in der Ausbildung als 2023. 73,9 Prozent von ihnen waren Frauen. In der Statistik erfasst sind erstmals auch sechs Nachwuchskräfte, die sich für ein Pflegestudium eingeschrieben haben. Sie studieren in Bremen und absolvieren den praktischen Teil der Ausbildung in Niedersachsen.

Uwe Schünemann, CDU-Landtagsabgeordneter aus Holzminden, hat am Donnerstag eine besondere Ehre erhalten: An diesem Tag gehörte der Christdemokrat dem Landtag genau 30 Jahre lang an. Im Juni 1994 war der Kaufmann erstmals ins Parlament gewählt worden, danach verteidigte er seinen Wahlkreis, schied dann aber 2013 aus dem Landtag aus - und rückte ein Jahr später über die Nachrückerliste wieder ein. Landtagsvizepräsidentin Tanja Meyer (Grüne) lobte Schünemann für sein beständiges, von Anfang an sehr hohes Engagement und seine inzwischen sehr große Erfahrung. Schünemann war Ausschussvorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer, zehn Jahre lang Innenminister, Fraktionsvize und über all die Jahre immer ein Fachmann für die Innen- und Sicherheitspolitik. Als Minister war er einer derjenigen, die mutig und konsequent Reformen angingen - weit stärker als sein Nachfolger, der heutige Bundesverteidigungsminister. Nach der Wahlniederlage der CDU 2013 versuchte Schünemann, Landrat in Hameln-Pyrmont und Bürgermeister in Höxter zu werden - doch blieb in beiden Fällen ohne Erfolg. Er hat politische Niederlagen weggesteckt und weiter engagiert für seine Positionen gestritten. Dies sei „immer sachbezogen und im Umgang respektvoll“ geschehen, hob Meyer hervor. Schünemann selbst hatte mal erzählt, dass sein Karriereweg vorgezeichnet gewesen sei - er startete als Klassensprecher, seitdem hat er sich immer wieder in öffentlichen Ämtern engagiert.



Foto: Plenar-TV/Screenshot

Fraktionschef Sebastian Lechner beschenkt Uwe Schünemann mit Luftballons.

NEWSLETTER

Niedersachsen am Sonntag
Wir bringen Sie jeden Sonntag auf den neuesten Stand

Jetzt kostenlos anmelden

**RUND
BLICK**
POLITIKJOURNAL
FÜR NIEDERSACHSEN

Der Sonntagsnewsletter vom Rundblick – Politikjournal für Niedersachsen

NIEDERSACHSEN AM SONNTAG

Guten Morgen. Heute ist Sonntag, der 28. Juli 2024 und heute feiern 1000 Jahren von Heinrich Jürgens zur Welt gekommen. Der FDP-Politiker war mal Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten hier in Niedersachsen und eine eisende Kraft in seiner eigenen Partei. Die Geschäftsstelle der Niedersachsen-FDP in Hannover ist nach ihm benannt. Was Jürgens so besonders macht, hat Rundblick-Chefredakteur Klaus Wallbaum aufgeschrieben. [Hier lesen Sie mehr.](#)

Die Rundblick-Redaktion sitzt nun (fast) wieder komplett am

Christian Fühner, CDU-Bildungspolitiker, fordert mehr Schulsozialarbeiter, um dem wachsenden Gewaltproblem an Niedersachsens Schulen begegnen zu können. Zudem braucht es Entlastung für Lehrkräfte sowie klare Konsequenzen für diejenigen Schüler, die sich nicht an die Regeln halten. Einen entsprechenden Antrag hat die CDU-Fraktion ins Parlament eingebracht. Thore Güldner (SPD) warnt derweil davor zu glauben, Jugendgewalt ließe sich mit gesetzlicher Härte und dem Wegsperren von Jugendlichen lösen. Harm Rykena (AfD) bezeichnete muslimische Jugendliche als eine der Ursache von Gewalt an Schulen, wogegen vorgegangen werden müsse. Außerdem kritisierte er, dass die Kultusministerin mehr als 19 Monate gebraucht habe, um eine Novelle des Gewaltpräventionserlasses auszuarbeiten. Diesen hat die Landesregierung am vergangenen Mittwoch zur Verbändebeteiligung freigegeben. Mit diesem „sollen Schulen noch gezielter bei der Präventionsarbeit unterstützt und Handlungssicherheit im Umgang mit Gewalt- und Krisensituationen geschaffen werden“, heißt es in einer Mitteilung des Ministeriums. Neu daran ist beispielsweise ein ausgeweiteter Gewaltbegriff, der analoge und digitale Gewaltformen einbeziehen soll und neben physischer auch psychische oder sexualisierte Gewalt adressiert.



Foto: Plenar-TV/Screenshot

PODCAST: POLITIKNERDS

Unser Podcast: Politiknerds

In unserem Podcast spricht die Rundblick-Redaktion mit anderen Politikverrückten

[Jetzt reinhören](#)



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5748

REDAKTION

Chefredakteur V.i.S.d.P.
Dr. Klaus Wallbaum (kw)

Chefredakteur Neue Medien
Niklas Kleinwächter (nkw)

Chefredakteur Wirtschaft
Christian Wilhelm Link (cwl)

Redakteurin
Anne Beelte-Altwig (aba)

Redaktionsassistenz
Sina Gartz

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Leiter Medien & Vertrieb
Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich

Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59